



Interviews

Datum: 03. Dezember 2023

Christoph Heinemann im Gespräch mit Bodo Ramelow, Ministerpräsident von Thüringen, Die Linke

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

Heinemann: Das Interview der Woche mit Christoph Heinemann und mit Bodo Ramelow, Ministerpräsident des Freistaates Thüringen von der Partei Die Linke. Wir zeichnen dieses Gespräch am Freitag in der thüringischen Staatskanzlei in Erfurt auf, guten Tag und danke schön für die Einladung.

Ramelow: Herzlich willkommen.

Heinemann: Herr Ministerpräsident, viele Milliarden Euro fehlen der Bundesregierung. Mit welchen Folgen für Thüringen?

Ramelow: Erst mal ist es so, dass es ein absehbares Agieren war, weil das Sondervermögen, als es dann in Karlsruhe klagetechnisch hinterfragt wurde, war ja klar, dass es gegen die Schuldenbremse verstößt. Ist einer der Gründe, warum ich schon 2009 in meiner Abschiedsrede im Deutschen Bundestag gesagt habe, dass der Scherbenhaufen uns irgendwann begegnen wird. Der Fehler ist die Schuldenbremse bzw. der nicht klare Investitionsbegriff. Es wird alles unter den Begriff Schulden abgetan, obwohl langfristige Investitionen keine Schulden sind, sondern tatsächlich, ein Unternehmer würde das immer als Investitionsplanung nehmen. Und die Auswirkungen für Thüringen bzw. für Ostdeutschland sind im Moment gravierend, denn der Sonderfonds, der von Karlsruhe jetzt zerlegt worden ist und an den Gesetzgeber zurückgegeben worden ist, ist alleine mit 50 Milliarden Investitionshilfe für ostdeutsche Neuansiedlungen. Das ist schwerpunktmäßig Sachsen-Anhalt und Sachsen. Aber indirekt sind wir wiederum davon betroffen, denn die technische Ausstattung für diese neuen Betriebe kommt wiederum aus Thüringen.

Heinemann: Wo kann man sparen?

Ramelow: Die Frage des Sparens ist eine, die man im Gesamtvolumen des Haushaltes sehen muss und nicht im Kontext zur Dekarbonisierung oder zur Energiewende oder zum Aufbau von Chips. Chipfabriken jetzt aufzubauen, ist eine Notwendigkeit. Wir haben vor drei Jahren die Situation gehabt, dass unser großer Automobilproduzent seine Produktion anhalten musste, weil er keine Chips hatte. Und daran

Deutschlandfunk
Ein Programm von Deutschlandradio
Raderberggürtel 40
50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

merkt man, wie dringend notwendig eine europäische Chipoffensive ist. Deswegen hat sich Thüringen auch an dem Netzwerk der europäischen Chipproduzenten aktiv jetzt beteiligt. Daran zu sparen, wäre wirklich ein großer Fehler. Von daher heißt es umschichten und Schwerpunkte zu setzen. Und die Frage, ob wir für alles und jedes überall immer wieder Geld aufwenden müssen, muss man kritisch beleuchten, denn Geld ausgeben alleine ist auch kein Selbstzweck.

Heinemann: Alles und jedes – wofür nicht?

Ramelow: Schauen Sie, der Haushalt ist so breitgefächert, dass viele Fragen, was man alles mit dem Bundesgeld mitanreichert, dazu führt, dass am Ende keine langfristige Planung damit verbunden ist. Also, die umgekehrte Frage ist ... würden wir eine gerechte Besteuerung machen, ist die Frage, welches Geld können wir uns erlauben, völlig anders zu beantworten. Ich sage ein Beispiel. Dass die großen digitalen Weltkonzerne, die mittlerweile den stationären Einzelhandel kannibalisieren, in Europa so gut wie keine Steuern bezahlen, halte ich für unerträglich. Und an dem Beispiel von Signa, dem Eigentümer von auch Karstadt, also Galeria, wird doch deutlich, wie viele Millionen und Abermillionen an staatlichem Geld in solche, ja, sehr zweifelhaften Investoren gesteckt worden ist.

Heinemann: Also, klares Bekenntnis gegen solche Subventionen von Ihnen?

Ramelow: Ja, gegen Subventionen, die im Kern nur Wolkenkuckucksheim beinhalten, aber immer zu einer privaten Vermögensbereicherung führen. Der Schaden liegt immer bei der öffentlichen Hand oder bei in dem Fall Signa, am Ende sind es die Beschäftigten von Galeria Kaufhof bzw. Karstadt.

Heinemann: Zurück noch mal zum Bundeshaushalt. Christian Lindner sagt ja, es fehlen für 2024 17 Milliarden Euro. Das heißt, es geht offenbar auch ohne, dass die Schuldenbremse angetastet wird. Denn bei einem Bundeshaushalt von 445 Milliarden müsste man doch 17 Milliarden einsparen können.

Ramelow: Noch mal, die Frage ist: Investieren wir in nachhaltiges Wirtschaften? Investieren wir in einen Energiewechsel? Investieren wir in die Dekarbonisierung? Und meine Kritik, nicht nur an der jetzigen Bundesregierung, sondern an allen Bundesregierungen, seit dem Pariser Klimaschutzabkommen ist, dass wir uns auf preiswertem, russischem Erdgas ausgeruht haben. Wir haben die Dekarbonisierung nicht betrieben. Und jetzt holt uns die Wucht dreimal stärker ab. Das heißt, in diesem Bereich muss jetzt Geld investiert werden. Denn wenn wir die Dekarbonisierung unserer Energiewirtschaft jetzt nicht anfassen, wenn wir weiter einfach versuchen weiterzumachen mit öl- oder kohlebasierten Energieträgern, werden wir am Ende global in

der Sackgasse landen. Also, wir müssen uns entscheiden: Wohin wollen wir Geld investieren? Das ist der Hauptteil der aktuellen Investitionsplanung. Und ein zweiter Teil, der mir völlig fehlt, ist die Investition in die Bildung und die Kinder unseres Landes. Und da gibt es den schweren Fehler. Das ist schon ... die Föderalismuskommission I. hat den Fehler schon gemacht, indem Bildung zu einer reinen Ländersache degradiert worden ist. Dann gab es mal ein bisschen Zuschüsse für Kindergarten und dann hat man uns diese Gelder für Kindergarten auch noch gestrichen. Dann hatte ich die Hoffnung, dass über die Kindergrundsicherung möglichst die Kindergartengebühren wieder refinanzierbar werden für alle Eltern. Und das Ergebnis ist, das jetzt sogar noch die Kindergrundsicherung fast zum Streichen gegeben wird.

Heinemann: Die Frage ist ja, ob investieren automatisch heißt Schulden machen?

Ramelow: Ich habe es ganz am Anfang schon gesagt. Ich bin Kaufmann. Und als Kaufmann verstehe ich überhaupt nicht, wie man jede Geldausgabe eines Staates unter dem Begriff Schulden abtut. Das würde man bei einer Investitionsplanung eines Unternehmens niemals machen.

Heinemann: Nur, wenn es nicht gedeckt ist. Wir haben jetzt schon ...

Ramelow: Nein, Entschuldigung, nicht, wenn es ...

Heinemann: Moment, jetzt muss ich das sagen, 40 Milliarden Euro ...

Ramelow: Nein, verzeihen Sie bitte. Nicht, weil es gedeckt oder nicht gedeckt ist, sondern die Frage, wofür es angelegt wird, ob es eine nachhaltige Wirtschaft ermöglicht, ob es zum Beispiel ein Gebäude ermöglicht, das den heutigen Standards entspricht. Ob eine Schule saniert ist, ist doch eine Investition in die Zukunft und nicht einfach eine Geldausgabe.

Heinemann: Nur, im jetzigen Bundeshaushalt, wenn ich es richtig gelesen habe, sind bereits 40 Milliarden Euro nur für Zinsen eingeplant. Überlegen Sie, was man mit dem Geld machen könnte. Wieso sollte dieser Haushaltsposten noch steigen?

Ramelow: Ich verstehe Ihre Logik nicht. Jedes Unternehmen, das Geld anlegt in die Investitionslenkung seines Unternehmens, in die Zukunft seines Unternehmens, würde die Zinsen als Teil des Kostenblocks nehmen – wenn es eine Investition in die Zukunft ist. Wir können gerne darüber streiten, ob konsumtives Geldausgeben reduziert werden muss. Aber investives Geldausgeben unter Schulden abzutun und dann die Zinsen dafür noch zu kritisieren, halte ich doch für abenteuerlich. Ich brauche eine Investitionsplanung, dass meine Hochschule weiterhin im modernen Standard Lernort und Lebensort und Zukunftsort ist. Ich brauche eine Attraktivität von Lehrrichtungen, bei denen Kinder möglichst viel lernen und ihr Leben lang damit auch

klarkommen. Und ich möchte nicht, dass unsere gesamte Infrastruktur ... die Schieneninfrastruktur Deutschlands ist jahrzehntelang vernachlässigt worden. Und jetzt ist diese Bundesregierung auf einmal völlig überfordert, weil die Mitte-Deutschland-Schienenverbindung auf einmal saniert werden muss, was schon seit Jahrzehnten ansteht. Man hat es einfach lange Zeit verpennt. Und das kann ich nicht unter Zinskosten abtun, sondern kann nur sagen, wer die volkswirtschaftlichen Werte ausblendet, was das alles wert ist. Die großen Kapitalgesellschaften haben kapiert, wie viel ein Krankenhaus wert ist und haben sich ein Krankenhaus nach dem anderen eingesammelt. Ja, das ist jetzt börsennotiert. Das ist jetzt die gute Welt. Da kann ich nur sagen: Ja, aber wenn am Ende Gesundheitsvorsorge nur noch nach der Rendite einer Privatgesellschaft abgerechnet wird, das macht mir dann doch durchaus Angst und Sorgen.

Heinemann: Ein weiteres Thema: Die Linke. Was geht Ihnen durch den Kopf, wenn Sie den Namen Sahra Wagenknecht hören?

Ramelow: Ich weiß nicht, warum Ihnen jetzt unter Die Linke Frau Wagenknecht eingefallen ist, denn Frau Wagenknecht hat ...

Heinemann: Weil sie bei der Linken war.

Ramelow: Ja, Entschuldigung, aber sie hat sich von der Linken jetzt gelöst. Deswegen weiß ich nicht, warum ich jetzt im Nachgang darauf reagieren möge. Ich habe mit ihr mal zusammen und ihrem Mann zusammen diese Partei Die Linke, gegründet. Dass die beiden uns jetzt den Rücken gekehrt haben, ist ihre Entscheidung und nicht meine.

Heinemann: Warum bescheinigen Umfragen diesem Bündnis Sahra Wagenknecht Erfolg?

Ramelow: Das können Sie die fragen, die darauf geantwortet haben. Ich habe das nicht so beantwortet. Frau Wagenknecht ist heute noch Abgeordnete auf dem Ticket einer Partei, der sie jetzt den Rücken gekehrt hat. Und sie behält einfach ihr Ticket und behält einfach ihr Abgeordnetenmandat. Ich habe in Thüringen ein ganz anderes Problem, mit dem ich mich auseinandersetzen muss und das heißt nicht Wagenknecht. Das heißt Hans-Georg Maaßen. Und mich irritiert, dass Journalisten aus Berlin sich nie dafür interessieren, was in Thüringen wirklich los ist, dass ein Herr Höcke bei 34 Prozent mit seiner AfD einlaufen könnte, und dass ein Hans-Georg Maaßen gerade dabei ist, mit den Freien Wählern und dem Bündnis für Thüringen dabei eine neue Parteiplattform zu bilden, mit der sie eine Schnittstelle bilden wollen zwischen

CDU und der AfD. Das sollte durchaus auch mal in der Hauptstadt Leuten Kopfzerbrechen machen, dass da in Thüringen was ganz anderes gerade zusammenwachsen könnte, was mir zumindest ein gewisses Maß an grauen Haaren wachsen lässt.

Heinemann: Journalisten aus Köln interessieren sich sehr wohl dafür. Deshalb kommen wir auch gleich darauf zurück. Ich würde ganz gerne vorher noch die Frage stellen. In drei Tagen löst sich die Bundestagsfraktion Die Linke auf. Ist diese Linke auf Bundesebene erledigt?

Ramelow: Schauen Sie, eine Bundestagsfraktion, die keine Fraktion mehr ist, muss sich auflösen. Und sie hat angekündigt, eine Gruppe sein zu wollen. Und den Antrag dazu haben sie gestellt und die Entscheidung hat der Bundestag zu treffen, nicht ich.

Heinemann: Der Ministerpräsident von Thüringen im Interview der Woche des Deutschlandfunks, Bodo Ramelow hier in Thüringen in der Staatskanzlei in Erfurt von der Partei die Linke. Herr Ministerpräsident, Sie haben gesagt, Sie erwarten keine Kandidatur der geplanten Wagenknecht-Partei bei den Landtagswahlen in Thüringen im kommenden Jahr. Worauf stützen Sie Ihre Erwartung?

Ramelow: Auf das Thüringer Wahlrecht. Manchmal hilft es einfach, einen Blick ins Gesetz zu werfen. Dann kann man sehr schnell feststellen, Frau Wagenknecht kann in Thüringen nicht kandidieren, denn dann müsste sie in Thüringen leben. Sie müsste ihren Lebensmittelpunkt hier haben. Das hat sie nicht. Und eine Partei muss sich erst gebildet haben, denn eine Liste in Thüringen kann nur eine Partei einreichen.

Heinemann: Und das klappt nicht mehr bis zum Wahltag?

Ramelow: Das weiß ich nicht. Das müssen Sie bei Frau Wagenknecht fragen.

Heinemann: Es könnte also dennoch dazu kommen?

Ramelow: Verzeihen Sie, Sie spekulieren mit mir über etwas, wovon ich keine Kenntnisse habe.

Heinemann: Eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts INSA, die Sie kennen, vom November, ergibt für Thüringen folgende Zahlen: AfD 34 Prozent, CDU 22, Linke 20, SPD 9, Grüne und FDP jeweils 4 Prozent. Die wären also nicht dabei. So, das ist ein Umfrageergebnis, ist kein Wahlergebnis – noch mal ganz klar gesagt. Aber wäre es ein Wahlergebnis, wie könnte das Land dann regiert werden?

Ramelow: Es könnte weiterhin so regiert werden, wie es jetzt regiert wird, nämlich auf eine sehr unorthodoxe Art und Weise. Eine Minderheitsregierung, die es in Deutschland noch nie gegeben hat und die seit vier Jahren dabei ist, jeweils einen

Haushalt aufzustellen, in dem es Mehrheiten im Parlament erreicht. Aber noch mal zu dem Umfrageergebnis. Das, was mir Sorgen macht in dem Umfrageergebnis, plus dem, was ich gerade noch erwähnt habe, der ist dort gar nicht erwähnt, Hans-Georg Maaßen und Bündnis für Thüringen, die Chance, dass möglicherweise 30 Prozent erst gar nicht zur Wahl gehen, dann noch mal 20 Prozent der abgegebenen Stimmen nicht mal im Parlament ankommen. Das heißt, dass 50 Prozent der Wählerinnen und Wähler, der Menschen in diesem Land, sich in dem Parlament nicht mehr wiederfinden, das halte ich für demokratiegefährdend.

Heinemann: Wo sehen Sie als Ministerpräsident die Ursache für solche Umfrageergebnisse?

Ramelow: Wir haben drei, fast vier Jahre Krise, Deutschland, in Europa und in der Welt zusammen erlebt. Und wir erleben gerade eine digitale Welt über Social Media, die in dieser Krise völlig neue Herausforderungen an uns alle formuliert hat. Also, eine WhatsApp-Gruppe kann auf einmal viel mehr bewegen als jedes Interview, das ich Ihnen gebe, als jede Rede auf einem Parteitag, die ich halte, als jede Parlamentsdebatte, an der ich versuche darzulegen, was Ursachen und Wirkung sind. Dann reicht es, eine Lüge in die Welt zu setzen über eine WhatsApp-Gruppe oder eine Telegram-Gruppe und ich bin konfrontiert mit Dingen, die ich noch nie für möglich gehalten habe. Ich habe die Tage gerade Bilder gesehen, die die Hamas in die Welt setzt über ihre Gräueltaten, die sie begangen hat und wie sie jetzt das durch selbst KI-generierte Bilder versucht emotional aufzuladen. Eine blutige Hand eines Kindes, was einem emotional sofort an die Seele geht. Und erst, wenn man genauer hinguckt, sieht man, dass sechs Finger darauf zu sehen sind. Dann merkt man erst: Das ist ja gar nicht wahr. So war ich in der Corona-Zeit auf einmal mit Dingen konfrontiert, die ich nicht mal für möglich gehalten hätte und von Menschen, die mir nahestehen, die auf einmal mit solchen Botschaften gekommen sind und gesagt haben: „Herr Ramelow, wir haben da solche Tupfer, die wir uns in die Nase stecken sollen. Das verlangen sie ja von uns, damit der Test gemacht wird. Und da sind Würmer drin.“ Mit solchen Sachen habe ich mich auf einmal beschäftigt. Deswegen merke ich, dass diese Zeit, einmal Corona, dann die Energiekrise, der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, das hat überall Spuren hinterlassen. Und ich merke eine Gesellschaft, die tief verunsichert ist. Und ich spüre eine politische Landschaft, die so fragmentiert ist, dass am Ende so was wie eine Ankerfunktion in der Gesellschaft fast nicht mehr zu spüren ist. Dazu kommt noch, dass das, was wir klassisch noch vor 30 Jahren für eine normale Meinungsbildung gehalten hätten, nicht nur die Schulbildung, sondern auch prägend Journalismus, Printmedien, Radio, Öffentlich-Rechtlicher, alles das ist in einen Verriss und einen Verschiss geraten, da mag dann auch das Einzelne als Ursache noch mitbenennbar zu sein, aber der Hass gegenüber Politikern, der Hass

gegen GEZ-Gebühren, Öffentlich-Rechtliche und all diese Dinge, ist etwas, das mir wirklich Sorgen macht. Und da spüre ich, darin eingebettet sind solche Umfrageergebnisse. Die sind aber so volatil, das kann morgen schon wieder ganz anders sein. Also, insoweit nehme ich das als Ausgangspunkt meiner Betrachtung. Ich teile das, was Sie gerade vorgetragen haben, als Sorge, sehe aber umgekehrt eine interessante, andere Phänomen-Betrachtung. Nämlich, wenn 34 Prozent der Befragten sagen, sie wollen die AfD wählen, aber nur 18 von denen wollen Herrn Höcke als Ministerpräsident, 20 Prozent sagen, sie würden meine Partei wählen, aber über 50 Prozent wollen, dass ich Ministerpräsident bleibe, dann merke ich, dass darin die Frage des Persönlichkeitsfaktors noch eine große Rolle spielt. Und die letzten Landtagswahlen, die wir in Deutschland hatten, sind am Ende immer über die Persönlichkeiten entschieden worden.

Heinemann: Konkret muss Thüringen jetzt einen Haushalt verabschieden. Wird das gelingen?

Ramelow: Das ist heute gerade entschieden. Also, während wir das Interview aufnehmen, komme ich gerade von der Beratung mit der CDU. Das heißt, ich habe jetzt eine ganz zeitnahe Perspektive. Ich gehe davon aus, dass wir am 20. und 21. Dezember den Haushalt beschließen.

Heinemann: Mit den Stimmen der CDU dann?

Ramelow: Das wird noch gar nicht der Punkt sein, denn auch letztes Jahr hat die CDU nicht mitgestimmt, sondern sich der Stimme enthalten. Die Frage ist aber – und das ist die entscheidende Frage und darüber besteht Einigkeit auch mit Professor Voigt – wir brauchen einen rechtsgültigen Haushalt, damit wir ein Fundament haben, wie wir in die nächste Etappe des kommenden Jahres gehen. Das werden einmal Superwahlen in Thüringen sein, Landtagswahlen, Landratswahlen, Oberbürgermeisterwahlen, Kommunalwahlen, Europawahl. Gleichzeitig wissen wir noch nicht – das war ja Ihre Frage vorhin: Welche Auswirkungen wird der Bund auf uns konkret haben? Das heißt, wir brauchen einen Haushalt, damit wir unsere Handlungsfähigkeit halten. Wir schließen aber nicht aus, dass wir im Zweifelsfall auch mit Haushaltssperren arbeiten werden müssen, um in Situationen sofort handlungsfähig zu sein, falls es notwendig ist. Ohne einen Haushalt würden wir allerdings ganz, ganz vielen Menschen große Sorgen bereiten, weil die ganzen sozialen Träger, die Beratungsinstitutionen, alle, die auf den Haushalt angewiesen sind, müssten Personal abbauen. Und das Personal, das dabei verlorenght, wird nicht mehr gewonnen werden können.

Heinemann: Herr Ramelow, wir wollten auch über Migration noch sprechen. In den letzten Monaten verzeichnet Deutschland eine sehr hohe, irreguläre Migration. Wie ist die Lage in Thüringen?

Ramelow: Ich weiß nicht, was der Unterschied zwischen regulär und irregulär ist. Ich kenne nur eine Flüchtlingsbewegung und die ist deutlich geringer geworden, gemessen am vergangenen Jahr. Also, zurzeit haben wir sogar eine deutlich niedrigere Ankunftsanzahl. Das ändert aber nichts daran, dass die Frage ist, ob innerhalb dieser Asylbewerber, die jetzt als Asylbewerber kommen, ob dort nicht ein Teil von Menschen ist, die für sich selber ein besseres Leben aufbauen wollen. Das wären klassischerweise Arbeitsmigranten. Das heißt, wir könnten dieses Geschehen anders organisieren, wenn wir mit all den anderen Staaten um uns herum geordnete Arbeitsmigrationsverfahren hätten. Das ist mit dem Südbalkan schon gelungen. Dort haben wir eine spürbare Veränderung hinbekommen, als wir anfangen konnten, im Kosovo gezielt anzuwerben. Ich denke, dass wir etwas Ähnliches auch erleben könnten. Deswegen habe ich das auch mit den Kollegen Ministerpräsidenten so immer wieder besprochen. Wir brauchen ja händeringend eine Arbeitsmigration. Das heißt, während wir über Geflüchtete reden, übersehen wir dabei – ich will das am Beispiel von Thüringen sagen – bis 2040 werden 23,9 Prozent aller Erwerbstätigen in Thüringen in Rente gehen. Das heißt, ich werde einen Verlust an aktiven Beschäftigungsverhältnissen haben und ich habe nicht mal die Hälfte an Menschen, die dem nachfolgen können. Das heißt, mein Traum ist, mit den Maghreb-Staaten einen festen Vertrag zu haben. Wir helfen euch in euren Ländern Arbeitsstrukturen aufzubauen. Wir organisieren geordnete Arbeitsmigration in Betriebe. Und ihr seid bereit, auch Menschen zurückzuführen in eure jeweiligen Länder, ohne euch dahinter zu verstecken, dass ihr sagt, sind ja gar nicht unsere Bürger. Mein Kollege Haseloff in Sachsen-Anhalt hat 800 indische Menschen und die indische Botschaft sagt, sie glauben, es sind keine Inder. Das Ergebnis ist, dass der Kollege Haseloff nicht weiß, wie er damit weiterverfahren soll. Und ich glaube, diese Form der praktischen Veränderung, wie kriegen wir Staaten wie Moldau oder Georgien dazu, mit uns solche Vereinbarungen zu schließen ... statt also über solche Chiffres, also Etiketten, zu reden wie sichere Herkunftsländer, brauchen wir eigentlich Vertragsbeziehungen zu allen europäischen Nachbarländern, also alle Länder, die um Europa herum sind, damit es geordnete Wege in Arbeit gibt. Das würde einen hohen Teil des Drucks von der Bewegung, die sich dann am Ende als Asyl darstellt, lösen, weil wir dann den Menschen sagen können, sagt nicht das Wort Asyl, sondern bewirbt euch um Arbeit. Würden wir viel klarer darüber reden, dass wir Menschen brauchen, und dass wir ermöglichen müssen, dass sie zu uns kommen können und wir vorher klären, was wir brauchen. Und ich finde auch diesen Begriff von Facharbeiter nicht mehr hilfreich. Denn wir brauchen nicht nur Facharbeiter. Ich habe ganz viel Industrieproduktion. Da werden Industriehelfer gesucht. Da werden motivierte Menschen gesucht. Und ich erlebe einfach eine Situation, ich will das an dem Beispiel sagen. Ukrainische Geflüchtete in Dänemark sind zu 70 Prozent in Arbeit, in Deutschland zu 20 Prozent. Das geht so nicht. Das

können wir so nicht machen. Und wir können auch so nicht miteinander agieren. Man gibt ihnen Bürgergeld und packt sie dann in Sprachkurse und in Integrationskurse. Auf meine Frage an den Vertreter der Bundesagentur für Arbeit, ob man einen Portugiesen erst in einen deutschen Integrationskurs packt, bevor der in Thüringen arbeiten dürfte, hat man mir klar gesagt: Nein, würde man niemals tun, weil ist europäische Freizügigkeit. Die Ukrainer sind aber der europäischen Freizügigkeit gleichgestellt. Und auf meine Frage, dürfen ukrainische Menschen sofort arbeiten, war die Antwort: ja. Und warum lassen wir das nicht? Ja, weil wir ihnen erst mal Maßnahmen geben. Warum geben wir ihnen Maßnahmen? Ja, weil wir nichts anderes im Angebot haben. Ja, dann sage ich, das geht in die falsche Richtung. Wir brauchen ein klares Bekenntnis. Wo ist Arbeit? Wo werden Menschen gebraucht? Wie schaffe ich es, diese Bereiche, wo Arbeit vorhanden ist und Menschen gebraucht werden, zu kombinieren mit zum Beispiel Angeboten auch an Menschen aus der Ukraine? Im Unterschied zu den großen Metropolen Deutschlands haben wir in Thüringen im ländlichen Raum immer noch viele freie Wohnungen. Also, wir sind ein Bundesland, wir haben unglaublich an Menschen verloren. Alleine nach der Wende sind 500 000 junge Leute aus Thüringen abgewandert. Das ist ein Trauma, an dem wir heute noch zu kauen haben, denn das sind jetzt die Generationen, deren Kinder in Köln, oder in Mannheim, oder in München, oder in Frankfurt gerade in die Schule kommen. Die fehlen uns. Und diese Menschen werden nicht zurückkehren, weil sie überall in den alten Bundesländern ihre Heimat gefunden haben. Und deswegen müssen wir uns aufmachen zu sagen, jeder, der kann, jeder der willens ist, jeder der ein Talent hat, sollte danach ausgewählt werden und geprüft werden, wie wir ihn mit dem Talent für uns nutzbar machen in der Gesellschaft, sonst werden wir auch wirtschaftlich einen Verlust erleiden.

Heinemann: Eine Frage, eine aktuelle noch zum Schluss. Der Verfassungsschutz warnt vor islamistischem Terror. Es sind drei Personen festgenommen worden. Die Gefahr ist hoch im Augenblick. Wie schützt Thüringen die Menschen im Land?

Ramelow: Es ist so, dass wir mit unserer jüdischen Landesgemeinde sehr intensiv diese Fragen ständig überprüfen, also auch ständig nachprüfen. Wir haben gerade die Sicherungsmaßnahmen vor den Religionseinrichtungen wie der Synagoge und den Versammlungsräumen deutlich erhöht auf stationäre Kontrolle. Ich halte das für beschämend für Deutschland, dass Jüdinnen und Juden Angst haben müssen, in Deutschland ihre Kippa zu tragen. Und deswegen ist das für mich ein großes Thema. Der Punkt ist nur, wir müssen uns mehr darum kümmern, dass nicht jeder, der aus dieser Region kommt, ein potenzieller Islamist ist. Wir übersehen dabei zum Beispiel die Opfer der Dschihadisten, nämlich die Jesiden. Und ich habe 1 000 jesidische Menschen in Thüringen. Ich würde gerne, dass diese jesidischen Menschen endlich

ein Bleiberecht bekommen, denn die sind diejenigen, die garantiert gegen jede Form von Antisemitismus und jede Anfechtung, solchem muslimischen Extremismus sich anzuschließen sind die, wirklich frei von jedem Verdacht. Deswegen, ja, jeder, der zu uns kommt und der Meinung ist, er könnte hier seinen Hass gegen Jüdinnen und Juden weiterleben, der muss sich fragen lassen, ob er kapiert, wo er zu Gast ist. Das heißt, wir müssen auch vermitteln, was es heißt, in Deutschland zu sein und was für uns es bedeutet, dass der Holocaust ... denn der Holocaust und Auschwitz sind hier in Erfurt verankert. Hier aus Erfurt sind die Verbrennungsöfen für Auschwitz hergestellt worden. Das heißt, die Frage, wie wir mit der Erinnerung daran umgehen in der heutigen Zeit, heißt auch, mit jungen Arabern darüber ins Gespräch zu kommen. Das ist einer der Gründe, warum ich mit einer großen Anzahl von arabischen Jugendlichen gemeinsam mit Jüdinnen und Juden in Auschwitz war. Und der Kollege Daniel Günther mit jungen Menschen aus Schleswig-Holstein und ich aus Thüringen, wir waren zusammen in Auschwitz, damit Jüdinnen und Juden und arabische Jugendliche miteinander sehen, was deutsche Verantwortung ist. Und deutsche Verantwortung heißt, wir dürfen uns vor diesem Teil unserer Geschichte nicht drücken.

Heinemann: Herr Ministerpräsident, danke schön für das Gespräch.

Ramelow: Gerne.